

Absender:

Gruppe Die FRAKTION. BS im Rat der Stadt

23-21988
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Prüfung der überbedarftlichen Ausbildung

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.08.2023

Beratungsfolge:

		Status
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	07.09.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	12.09.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	19.09.2023	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob in Kooperation mit kleineren Gemeinden oder externen Partnern eine überbedarftliche Ausbildung wieder durchgeführt werden kann. Über das Ergebnis der Prüfung soll den Ratsgremien berichtet werden.

Sachverhalt:

Im Rahmen der von der KGSt durchgeführten „Verwaltungsoptimierung“ wurde von der Verwaltung selber vorgeschlagen, dass auf die sogenannte Überbedarfsausbildung verzichtet wird (Vorschlag: V016). Ein bestätigender Beschluss wurde vom VA am 18.06.2019 gefasst. Dadurch sind 10 Ausbildungsplätze im Bereich Technik und im Feuerwehrbereich weggefallen.

Die KGSt hat die Streichung der 10 Ausbildungsplätze empfohlen, gleichzeitig aber angemerkt, dass die Stadt „darüber nachdenken“ soll, mit kleineren Kommunen oder externen Partnern zusammen doch in höherer Zahl auszubilden und gleichzeitig durch die Zusammenarbeit die eigenen Kosten zu reduzieren.

Der vorliegende Antrag ist ein Prüfauftrag. Damit würde der Empfehlung der KGSt gefolgt und möglicherweise eine Reduzierung der Ausbildungsplätze teilweise oder ganz durch Kooperationen rückgängig gemacht werden.

Anlagen:

keine